

„Den Standort Deutschland stärken“ – Die Politik der Großen Koalition

Petra ERNSTBERGER *

Seit gut einem halben Jahr wird die Bundesrepublik Deutschland nun von einer Großen Koalition regiert. Gemeinsam sind die großen Volksparteien angetreten, um in den nächsten vier Jahren den Standort Deutschland zu stärken und die vorhandenen Probleme unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu lösen. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in einem zusammenwachsenden Europa. Uns kommt deshalb die besondere Aufgabe zu, aus der Bundesrepublik Deutschland wieder die Lokomotive für Wachstum in Europa zu machen.

In den vergangenen Jahren wurden unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder bereits wichtige Maßnahmen eingeleitet — die Reformen auf dem Arbeitsmarkt, der Einstieg in eine konsequente Steuersenkungspolitik und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Doch diese Reformpolitik ist noch lange nicht beendet, auch die Große Koalition muss weitere Veränderungen vornehmen.

Dabei sehen wir uns drei großen Herausforderungen gegenüber. Zunächst sind wir durch europäische Abkommen zu einer Haushaltspolitik verpflichtet, die auf die Stabilität des staatlichen Budgets setzt. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich verpflichtet, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und mittelfristig ausgeglichene Haushalte zu realisieren. Diese Verpflichtungen ergeben sich aus dem EG-Vertrag und dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir sind hier auf einem sehr guten Wege, bereits in diesem Jahr wird die Bundesrepublik Deutschland ihr Haushaltsdefizit wieder an die Erfordernisse aus Brüssel anpassen. Auch deshalb stehen wir zu den Vereinbarungen der Großen Koalition zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Wir müssen den Haushalt mittelfristig wieder in Ordnung bringen, nur so kann der Staat seine Handlungsfähigkeit behalten und wieder ausbauen. Mehr in die Zukunft zu investieren und nicht in die Vergangenheit (z.B. in die Zinsbelastung), das ist eines der zentralen Projekte der Großen Koalition.

Ein Blick in den Haushalt und seine Struktur offenbart das haushaltspolitische Dilemma: Wir geben viel Geld für Vergangenheit und Gegenwart aus und haben dadurch viel zu wenig Mittel zu Verfügung, um in die Zukunftsbereiche zu investieren:

- Die Verschuldung der öffentlichen Hand liegt bei ca. 1,4 Billionen Euro

* Mitglied des Deutschen Bundestags.

- Jeder sechste Euro der Bundesausgaben wird für Zinszahlungen aufgewendet und steht für sinnvolle Aufgaben nicht zur Verfügung
- Rund 20 % des Bundeshaushaltes, also etwa 50 Mrd. Euro, sind nicht durch nachhaltige Einnahmen gedeckt
- Die soziale Sicherung lassen wir uns 128 Mrd. Euro kosten (50 %)
- Hierbei schlagen die Zuschüsse für die Rentenversicherung mit 78 Mrd. Euro zu Buche und die Ausgaben für den Arbeitsmarkt belaufen sich auf 34 Mrd. Euro
- Aber: In die Zukunft unseres Landes investieren wir gerade mal 23 Mrd. Euro — das sind weniger als 10 % der Gesamtausgaben

Es geht also darum, für das Land neue politische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen, damit wir den strukturellen Wechsel von der Finanzierung der Vergangenheit zu angemessenen Zukunftsinvestitionen und damit für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen können.

Einen Teil dazu beitragen soll auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die auf der Einnahmenseite zu einer Entlastung beitragen wird. Um es aber deutlich zu machen: Es geht keineswegs nur darum, Löcher im Bundeshaushalt zu schließen. Ein Teil der Steuernehmeinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung soll auch dazu beitragen, die zu hohen Lohnnebenkosten in Deutschland zu senken. Das ist so vereinbart und so wird es auch umgesetzt. Denn unser Ziel ist es, den Standort Deutschland zu stärken, ihn für Investitionen attraktiv zu machen und somit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Denn das zweite große Problem in Deutschland ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Um diese nachhaltig zu bekämpfen, setzen wir auf einen Mix verschiedener Maßnahmen. Wir werden den Arbeitsmarkt flexibler gestalten. Wir werden hier insbesondere bei Neueinstellungen den Kündigungsschutz lockern, um den Menschen, die keine Arbeit haben, eine Chance auf einen neuen Job zu eröffnen — und gerade uns Sozialdemokraten fällt ein solcher Schritt nicht leicht.

Die geplante Unternehmenssteuerreform soll künftig die steuerliche Unterscheidung zwischen Personenunternehmen (z.B. Kommanditgesellschaften /KG) und Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH, AG) aufheben und zu einer im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung führen. Dabei setzen wir auch auf das Schließen von Steuerschlupflöchern, so dass der nominale Steuersatz dem realen Steuersatz angeglichen wird. Die Unternehmen sollen nominal niedriger besteuert werden, aber real auch dann den vereinbarten Steuersatz an den Staat abführen.

Wir werden den Mittelstand gezielt von bürokratischen Hemmnissen entlasten und den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Freiheiten geben. Denn: 99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind mittelständische Unternehmen. Sie sind der Motor für mehr Wachstum und Beschäftigung. Zur Förderung des Mittelstandes und zur Belebung der Wirtschaft haben wir beschlossen, bis zum Ende dieser Legislaturperiode zusätzlich rund 9,4 Milliarden Euro einzusetzen:

Ein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fördert energiesparende Maßnahmen bei älteren Gebäuden und gibt zugleich Impulse für die Baukonjunktur. Vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007 wird die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 Prozent angehoben. Damit sollen bis zur Umsetzung der geplanten Unternehmenssteuerreform im Jahr 2008 Liquidität und Rendite der Unternehmen verbessert werden. Dafür setzt der Bund Mittel in Höhe von rund 4,4 Milliarden Euro ein.

Durch die Anhebung der Umsatzgrenzen bei der Umsatzbesteuerung (Ist-Besteuerung) von 125.000 auf 250.000 Euro werden kleine und mittlere Unternehmen in den alten Bundesländern steuerlich stärker gefördert. Diese Unternehmen sollen künftig die Umsatzsteuer bis zu einer Umsatzgrenze von 250.000 Euro erst abführen, wenn ihre Rechnungen bezahlt sind. Damit wird die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen verbessert.

Zudem diskutieren wir in der Großen Koalition auch über die Einführung eines Mindestlohnes und von Kombilöhnen für bestimmte Alters- und Berufsgruppen. Arbeit zu schaffen ist das zentrale Anliegen der Regierung. Von privaten Haushalten können mehr Beschäftigungsmöglichkeiten ausgehen als bisher. Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft muss sich auch in diesem Bereich entwickeln und Potenziale entfalten. Daher werden wir die steuerliche Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen deutlich verbessern und damit auch die Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

Private Haushalte sollen dadurch entlastet werden, dass neben der Renovierung auch die Modernisierung und die Instandhaltung des Wohnraums steuerermäßigend berücksichtigt werden können. Neben der bisher schon bestehenden Steuerermäßigung von 20 % der Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen wird es künftig eine weitere Steuerermäßigung bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen geben.

Schließlich wollen wir durch gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur weitere Wachstumsimpulse geben, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mit einem 25-Milliarden-Euro-Paket haben wir die richtigen Weichen gestellt, um den beginnenden Aufschwung zu stützen und somit auch für mehr Beschäftigung in Deutschland zu sorgen. Zusammen mit dem Anteil der Länder und der Kommunen sind es sogar rd. 37 Mrd. Euro.

Wir gehen mit diesem Programm nicht nur quantitativ den richtigen Weg, sondern auch qualitativ: Wir investieren rd. 9,4 Mrd. Euro in die Wirtschaft und die Mittelstandsförderung, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes werden um 6 Mrd. Euro steigen. Zu der bereits erwähnten Förderung der privaten Haushalte als Arbeitgeber stellt der Bund 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung und die Verkehrsinvestitionen steigen um 4,3 Mrd. Euro. Wir setzen also gerade dort das Geld ein, wo es am sinnvollsten investiert ist. Und sinnvoll ist es insbesondere dort, wo das dritte große

Problem der Bundesrepublik Deutschland ansteht: Im Bereich der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Wir fördern deshalb Familien mit zusätzlichen 3 Mrd. Euro, da wir zu wenige Kinder bekommen und unsere Gesellschaft zunehmend altert. Wir wollen, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden. Deshalb brauchen wir eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern erleichtert, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Genau so wichtig ist es aber auch, dass wir jedes einzelne Kind fördern. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Bildung und Betreuung von Beginn an!

Wir wollen insbesondere für die Kleinsten die Betreuungsangebote ausbauen. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren ab 2010. Deshalb werden wir uns für 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Unter-3-jährige Kinder einsetzen. Wenn wir Familie und Beruf besser als bisher miteinander vereinbaren wollen, brauchen wir ein ausreichendes Angebot an qualitativ guter Ganztagsbetreuung. Wir wollen, dass jedes Kind einen Platz in einer Kindertagesstätte erhält. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem zweiten Lebensjahr ein. Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte jedes Kind einen Kindergarten besuchen.

Gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit rücken die frühkindliche Bildung und der vorschulische Bildungs- und Erziehungsauftrag stärker in den Mittelpunkt. Wir wollen den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken und setzen auf die individuelle Förderung aller Kinder. Perspektivisch streben wir die vollständige Beitragsfreiheit für den Kindergarten an. Mit vier Milliarden Euro unterstützt die Bundesregierung Länder und Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen. Wir wollen die Zahl der Ganztagschulen weiter deutlich erhöhen. Eltern brauchen mehr verlässliche Ganztagsbetreuung, die Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit zum Lernen. Wir haben seit 1998 die staatlichen Leistungen für Bildung und Familien deutlich erhöht, so zum Beispiel beim Ganztagsschulprogramm, bei BAföG und Kindergeld. Das waren notwendige Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit.

Bei den familienpolitischen Ausgaben stehen wir im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Das ist angesichts des Geburtenrückgangs sowie der Kinder- und Familienarmut in Deutschland eine paradoxe Situation. Es verdeutlicht, dass der von uns in den zurückliegenden Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel, weg von den direkten Leistungen, hin zu Investitionen in Infrastruktur, ergänzt durch zielgenaue Förderinstrumente wie Kinderzuschlag und Elterngeld, überfällig war. Es bleibt jedoch weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in Deutschland, dass Kinder in unserem Alltag von allen Akteuren als eine Bereicherung und nicht, wie man es leider noch häufig in vielen Situationen erlebt, als Last empfunden werden.

Mit dem neuen Elterngeld — ein sozialdemokratisches Projekt — fördern wir Familien ab 2007 in der Zeit ihrer höchsten finanziellen Belastung. Wir verbessern damit auch eine

partnerschaftliche Teilung der Erziehungsaufgaben. Das Elterngeld ersetzt für bis zu 12 Monaten 67 Prozent vom Nettoeinkommen des betreuenden Elternteils. Damit erhält dieser Elternteil erstmals eine eigene wirtschaftliche Absicherung—die Familie kann ihren Lebensstandard halten. Gleichzeitig unterstützen wir die schnellere Rückkehr in den Beruf. Nur wenn Eltern sicher sein können, dass für ihr Kind gute und verlässliche Betreuung zur Verfügung steht, können sie in den Beruf zurückkehren. Und auch dann entstehen teils erhebliche Belastungen durch Kosten für Kinderkrippe, Tagespflege oder Kinderfrau. Für diese und andere haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit. So entlasten wir die Familien und geben zugleich Impulse für mehr Beschäftigung.

Die Große Koalition nimmt die Herausforderung an, vor denen wir in Deutschland stehen. Wir haben noch viel vor uns, aber wir wissen auch, dass unser Land ein hervorragender Standort in Europa ist. Wir haben einen dauerhaften sozialen Frieden, sehr gut ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure, wir haben gute Ideen und wissen diese auch umzusetzen.

Aber wir wissen auch, dass wir teurer produzieren und entwickeln als andere Staaten. Doch uns ist vor diesem Hintergrund bewusst, dass wir so viel besser sein müssen wie wir teurer sind. Deshalb setzen wir auf Innovationen und den deutschen Erfindergeist und werden auch in Zukunft dafür stehen, am Standort Deutschland hervorragende Qualität für den Weltmarkt zu produzieren.

Um in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir in Deutschland mutige Reformen anpacken. Dazu gehört auch die nachhaltige Sicherung unseres Gesundheitssystems, eines der besten aber auch teuersten der Welt. Für uns Sozialdemokraten spielt dabei der Gedanke der Solidarität eine wichtige Rolle. Alle Menschen sollen Zugang zu den notwendigen medizinischen Leistungen haben. Es soll keine Zwei-Klassen-Medizin geben, in der nur der Reiche sicher sein kann, dass er gut behandelt wird. Alle müssen nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der Gesundheit beteiligt werden, und alle sollen Zugang zum medizinischen Fortschritt haben. Die Menschen werden glücklicherweise immer älter und sollen auch im Alter eine umfassende medizinische Betreuung bekommen.

Aber auch die Sicherung der Renten spielt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung eine zunehmende Rolle. Wir müssen in Deutschland einsehen, dass wir länger arbeiten müssen, wenn wir länger leben. Deshalb haben wir das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben und noch unter Kanzler Schröder eine kapitalgedeckte Säule der Alterssicherung eingeführt (Riester-Rente). Das staatliche Rentensystem alleine kann vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft nicht mehr alleine den Wohlstand im Alter sichern. Ein jeder muss bereits heute auch privat oder betrieblich vorsorgen. Die Bürgerinnen und Bürger sind sich dessen bewusst und nutzen die neuen Alterssicherungsinstrumente bereits in großer Zahl.

Schließlich sehen wir uns auch der Herausforderung gegenüber, den deutschen Föderalismus zu reformieren, um in einem geeinten Europa auch handlungsfähig zu sein. Bisher wurde die zweite Kammer, der Bundesrat, die Vertretung der Länder, bei über 60 % aller Gesetzesvorhaben hinzugezogen, was in vielen Fällen zu einer Blockade und Verzögerung vieler Reformen führte. Diese Konstellation soll durch eine Reform des Föderalismus verbessert werden. Künftig soll der Bundesrat weniger Mitbestimmungsrechte bei der Bundesgesetzgebung erhalten. Im Gegenzug werden die Länder mehr eigene Zuständigkeiten erhalten, die sie dann selbst regeln können.

Dass dies eine umfassende Diskussion notwendig macht, liegt auf der Hand. Es geht schließlich um nichts Geringeres als eine grundlegende Reform des Deutschen Grundgesetzes, was nur mit der jetzt vorhandenen 2/3-Mehrheit der Großen Koalition möglich sein wird. Die Große Koalition bietet große Möglichkeiten, überkommene und oft auch lähmende Strukturen in Deutschland zu überwinden. Deshalb ist die Föderalismusreform, die wir in der ersten Jahreshälfte abschließen wollen, ein zentrales Projekt für dieses Jahr.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft in Deutschland und Europa sind gut. Wir haben uns viel vorgenommen und schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben als Koalition die Chance, dass Bund und Länder gemeinsam und gleichzeitig in dieselbe vernünftige Richtung gehen. Wenn alle mithelfen, können wir in den nächsten vier Jahren Deutschland weiter nach vorne bringen. Die Volksparteien sind mit dem Koalitionsvertrag mit gutem Beispiel voran gegangen.

Wir wollen Fortschritt für Deutschland und Europa. Wir wollen ein geeintes Europa als Friedensmacht und Kontinent des Wohlstands. Und wir wollen in der Globalisierung mit unseren Freunden in Asien und insbesondere in Japan weiterhin eng zusammenarbeiten zum Nutzen unserer Länder und der Menschen.